



Beschluss des 8. Mitgliederparteitages der CDU Köln

14. August 2007

Ja zur Integration – eine Stadt für alle Bürger – Teil II

Köln ist eine weltoffene Stadt, in der Deutsche und Ausländer friedlich zusammenleben und arbeiten.

Die Kölner CDU setzt sich weiterhin für ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Mitbürgern mit Zuwanderungsgeschichte ein. Wir begegnen ihnen mit Respekt und lehnen daher entschieden jede Form von Abgrenzung, Diskriminierung und Gewalt und damit auch Ausländerfeindlichkeit ab.

INTEGRATION bedeutet aber für uns die Eingliederung der Zugewanderten in unsere bestehenden Sozialstrukturen auf der Grundlage unserer Grundwerte. Sie bedeutet zugleich die Akzeptanz kultureller Verschiedenheiten auf der Basis dieser Grundwerte.

Diese auch aus der abendländisch-christlichen Tradition entwickelten Werte – allen voran die Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität, Toleranz und die Gleichheit von Mann und Frau – gelten universell. Sie stehen nicht zur Disposition und dürfen nicht multikultureller Beliebigkeit geopfert werden.

INTEGRATION kann nur teilweise durch die Politik gewährleistet werden, im Wesentlichen aber wird INTEGRATION durch den einzelnen Bürger in allen Lebensbereichen umgesetzt.

Die Integration der in Köln lebenden Menschen mit Migrationshintergrund in die deutsche Gesellschaft gehört zu den zentralen Aufgaben für unsere Stadt und ihre Bewohner. Während sich Deutschland in den letzten Jahrzehnten faktisch zu einem Einwanderungsland entwickelt hat, ist die Wichtigkeit aktiver Integrationsbemühungen lange Zeit grob unterschätzt worden. Insbesondere bei vielen Multikulti-Illusionisten war die Vorstellung anzutreffen, dass sich Integration irgendwie von selbst vollziehen werde, sofern sie überhaupt für wünschenswert gehalten wurde. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lebten Ende 2004 in der Bundesrepublik knapp 7,3 Millionen Ausländer. Gegenüber 1991 hat sich diese Zahl um rund 1,2 Millionen erhöht. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung stieg im gleichen Zeitraum von 7,6 auf 8,8 %. Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund liegt jedoch deutlich höher als die Anzahl der Ausländer. Ein Teil der Ausländer hat die deutsche Staatsangehörigkeit erworben und wird deshalb in der amtlichen Statistik den Deutschen zugeordnet. Das Gleiche gilt für Millionen von Deutschstämmigen, die oder deren Vorverfahren als Aussiedler in die Bundesrepublik gekommen sind. Zu den Personen mit Migrationshintergrund zählten im Jahr 2005 mit 15,3 Millionen Personen rund 19 % der Bevölkerung; davon lebten 14,7 Millionen oder 96 % im früheren Bundesgebiet und Berlin (Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 04.05.2007).

In Köln stellte sich Ende 2006 die Bevölkerungsstruktur unter dem Gesichtspunkt des Migrationshintergrunds wie folgt dar:

47	<u>Bevölkerungsgruppe</u>	<u>Insgesamt</u>	<u>Unter 18 Jahren</u>
48			
49	Einwohner insgesamt	1.024.346	159.148
50			
51	Darunter mit		
52	Migrationshintergrund	321.960	74.947
53			
54	Nichtdeutsche	176.534	27.214
55			
56	Türken	64.592	12.500
57			
58	Aussiedler	55.958	7.396
59			
60	Eingebürgerte	71.493	22.362
61			
62	„Optionspflichtige“	7.992	7.992
63			
64	Kinder/Jugendliche		
65	von Eltern mit		
66	Migrationshintergrund	9.983	9.983

(Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stand: 2006)

Damit weist ein knappes Drittel der Einwohner in Köln eine Zuwanderungsgeschichte auf, wobei die Tendenz steigend ist. Bei den Personen unter 18 Jahren trifft dies sogar auf fast die Hälfte der Einwohner zu. Allerdings sind die Einwohner mit Migrationshintergrund sehr ungleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt. Während ihr Anteil an allen Einwohnern im Stadtbezirk Lindenthal gerade mal bei knapp 20 % liegt, beträgt er in den Stadtbezirken Rodenkirchen und Innenstadt mehr als 25 %, in den Stadtbezirken Nippes, Ehrenfeld, Porz und Mülheim mehr als 30 %, in den Stadtbezirken Kalk und Chorweiler sogar mehr als 40 %. Im Übrigen gibt es Stadtteile, in denen ihr Anteil bereits bei über 50 % liegt. Dabei handelt es sich um Chorweiler (76,49 %), Blumenberg (62,81 %), Seeberg (62,59 %), Gremberghoven (57,09 %), Meschenich (56,57 %), Porz (55,50 %), Kalk (54,69 %), Volkhoven/Weiler (53,69 %) und Ostheim (51,81 %). In Vingst und in Humboldt/Gremberg beträgt er 49,95 % bzw. 49,67 %.

82	<u>Stadtbezirk</u>	<u>Einwohner</u>	<u>Darunter mit</u>
83		<u>Insgesamt</u>	<u>Migrationshintergrund</u>
84			
85	Innenstadt	129.318	35.419
86			
87	Rodenkirchen	101.309	26.375
88			
89	Lindenthal	139.507	27.869
90			
91	Ehrenfeld	103.205	33.576
92			
93	Nippes	109.413	33.778
94			
95	Chorweiler	82.161	35.059
96			

97	Porz	106.567	35.138
98			
99	Kalk	108.146	46.037
100			
101	Mülheim	144.729	48.709

102
103 *(Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stand: 2006)*
104

105 Diese Zahlen verdeutlichen die fundamentale Bedeutung von Integration für unsere Stadt.
106 Viele Zuwanderer haben sich bereits erfolgreich in unsere Gesellschaft integriert, teilweise
107 sogar assimiliert. Diese Tatsache wird häufig vernachlässigt. Denn wer integriert ist, fällt nicht
108 aus dem Rahmen und deshalb auch nicht in besonderer Weise auf, weshalb gelungene Integra-
109 tion viel weniger wahrgenommen wird als misslungene Integration. Die Zahl der Einwohner
110 mit Migrationshintergrund bildet daher keineswegs die Zahl derjenigen ab, denen die Integra-
111 tion nicht gelungen ist. In zu vielen Fällen ist aber genau dies der Fall, was im Sinne einer ver-
112 antwortungsvollen Integrationspolitik nicht schöneredet werden darf.
113

114 Unter Integration verstehen wir die Eingliederung der Menschen mit Migrationshintergrund in
115 die deutsche Gesellschaft. Integration beschreibt einen Prozess, der auf Gegenseitigkeit be-
116 ruht. Gefordert sind natürlich in erster Linie die Zuwanderer, die sich auf die Aufnahmegesell-
117 schaft zu bewegen müssen. Nicht zur Disposition stehen dabei die aus der christlich-
118 abendländischen Tradition entwickelten Grundwerte – allen voran Menschenwürde, Freiheit,
119 Demokratie, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität, Toleranz und die Gleichberechti-
120 gung von Mann und Frau –, die in das Grundgesetz Eingang gefunden haben. Nötig ist aber
121 auch die Bereitschaft der Mehrheitsbevölkerung, sich dem zugewanderten Teil der Bevölke-
122 rung zu öffnen und damit den Integrationsprozess voranzutreiben. Das Ziel von Integration
123 besteht in der Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Einheit, der sich alle dauerhaft und
124 rechtmäßig in Deutschland lebenden Menschen zugehörig fühlen. Es ist erreicht, wenn die
125 Unterscheidung zwischen Einheimischen und Zuwanderern im alltäglichen Zusammenleben
126 obsolet wird, sich also die Zuwanderer selbst als Deutsche betrachten und auch als solche be-
127 trachtet werden.
128

129 Seit dem Inkrafttreten des neuen Zuwanderungsrechts am 01.01.2005 ist die Förderung von
130 Integration auch gesetzlich vorgesehen. Gemäß § 43 Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes werden
131 die Eingliederungsbemühungen von Ausländern unterstützt, indem sie im Rahmen von Integ-
132 rationskursen an die Sprache, die Rechtsordnung, die Kultur und die Geschichte in Deutsch-
133 land herangeführt werden. Die tatsächliche Integrationsförderung darf sich aber nicht auf neu
134 Zugewanderte beschränken, weil Integrationsdefizite auch und gerade bei Menschen vorlie-
135 gen, die schon lange bei uns leben. Notwendig sind also Maßnahmen zur Ermöglichung nach-
136 holender Integration, die sich auch auf Menschen mit Zuwanderungsgeschichte der zweiten
137 und dritten Generation erstrecken. Ferner verbietet sich eine einseitige Orientierung an Aus-
138 ländern. Denn es kommt auch vor, dass Eingebürgerte und Aussiedler noch Integrationsbedarf
139 aufweisen.
140

141 **Köln gewinnt an:**

- 142
- 143 • Mehrsprachigkeit
- 144 • Kultur
- 145 • Wissenschaft
- 146 • Wirtschaft

- 147 • Europa
148 • Internationale Beziehungen
149

150 **Die Sprachkompetenz der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist eine wichtige**
151 **Ressource!**

152
153 Mehrsprachigkeit ist in allen Lebensbereichen von großem Nutzen, angefangen bei den
154 Chancen unserer Kinder im Berufsleben, dem Tourismus in unserer Stadt, bis hin zum Per-
155 sonalbedarf des Verfassungsschutzes.
156

157
158 **KULTUR**

159 **Neue Perspektiven in Kunst, Literatur und Musik.**

160 Kunst und Literatur verschiedener Kulturen beeinflussen einander nicht nur über Landes-
161 grenzen hinweg, sondern auch direkt vor Ort in unserer Stadt. Neue Kombinationen mit
162 dem kulturellen Erbe der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bereichern die Kultur in
163 unserer Stadt.
164

165
166 **WISSENSCHAFT UND WIRTSCHAFT**

167 **Einflüsse aus verschiedenen Ländern bereichern wissenschaftliche und technologische**
168 **Entwicklungen, und die Erfahrungen aus allen Nationen verbessern die wirtschaftli-**
169 **chen Perspektiven.**

170 Für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Köln sind Menschen mit Zuwanderungs-
171 geschichte von großer Bedeutung. Die Sichtweisen anderer Länder zu verstehen und da-
172 von zu lernen, beschleunigt die Entwicklung von Technologie, erleichtert den Handelsaus-
173 tausch und schafft neue Standpunkte auf wissenschaftlichem Gebiet.

174 Das ist von großem Nutzen für Neuansiedlungen, den Ausbau von bereits vorhandenen
175 internationalen Unternehmen, mittelständische und auch kleine Betriebe.

176 Die unterschiedlichen Perspektiven der Herkunftsländer ermöglichen neue Sichtweisen
177 und Fortschritte in Geschichte, Sozial- und Naturwissenschaften.
178

179
180 **EUROPA**

181 **Das Zusammenleben der Kulturen verbessert die europäischen Chancen.**

182 **Europa wächst zusammen!** Die Fähigkeit über den eigenen Tellerrand zu blicken, fördert
183 nicht nur das Zusammenleben vor Ort, sondern bringt auch die europäische Entwicklung
184 voran. Die Erkenntnis, dass die Überwindung kultureller Barrieren in Köln größeren Ge-
185 winn zur Folge hat, lässt sich auf die europäische Staatengemeinschaft übertragen. Histo-
186 risch gewachsene, kulturelle Unterschiede zwischen europäischen Ländern treten in den
187 Hintergrund, wenn wir in Köln INTEGRATION verwirklichen.
188

189
190 **INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN**

191 **Vielfältige Wurzeln als Vorteil begreifen!**

192 Die Mentalität der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ermöglicht uns nicht nur ein
193 erweitertes Bewusstsein in unserer eigenen Stadt, sondern stärkt auch unsere konsulari-
194 schen und städtepartnerschaftlichen Beziehungen. Aus diesem Grund ist die Pflege der

195 eigenen Identität nicht etwa der INTEGRATION abträglich, sondern von großem Nutzen für
196 Köln und die Region.

197

198 **Integrationsprobleme bestehen in mehrfacher Hinsicht:**

199

200 • geringe bzw. keine Kenntnisse der deutschen Sprache

201 • mangelnde bzw. keine Schulausbildung

202 • mangelnde bzw. keine Berufsausbildung

203 • hohe Arbeitslosigkeit

204 • soziale Konflikte

205 • mangelnde Gleichstellung von Frauen

206 • Parallelgesellschaftliche Strukturen

207 • Kulturelle Differenzen

208

209

210 Entsprechend dieser komplexen Problemlagen muss Integration auf verschiedenen Ebenen
211 stattfinden, welche sich wechselseitig beeinflussen. Es handelt sich um eine Querschnittsauf-
212 gabe. Angezeigt ist insbesondere die Förderung der sprachlichen, ökonomischen, räumlichen
213 und kulturellen Integration. Bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund kommt
214 der Integration durch Bildung besondere Bedeutung zu, weshalb die Integrationsarbeit bereits
215 in Kindergärten und Schulen ansetzen muss. Weil das Leben der Menschen mit und ohne
216 Migrationshintergrund in der örtlichen Gemeinschaft stattfindet, kommt es entscheidend auf
217 eine **kommunale Integrationspolitik** an. Zu warnen ist aber vor überzogenen Erwartungen. In
218 politischer Hinsicht können nur die Rahmenbedingungen für Integration positiv beeinflusst
219 werden, indem alles getan wird, um die Integrationsfähigkeit von Zuwanderern zu fördern und
220 ihre Integrationswilligkeit zu wecken. Zugleich müssen die einheimischen Bürger dafür ge-
221 wonnen werden, zur erfolgreichen Integration der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte
222 beizutragen. Ohne die Mitwirkung der Menschen kann Integration nicht verwirklicht werden.
223 Sie lässt sich nicht erzwingen. Deshalb sind wir uns bewusst, dass auch eine aktive Integrati-
224 onspolitik an Grenzen stoßen kann, wo Segregationsprozesse schon weit fortgeschritten sind.

225

226

227 **BILDUNG**

228 **Verbesserung der Bildungssituation für Kinder und Jugendliche mit Migrationshin-**
229 **tergrund in Köln**

230 Bildung ist das Fundament, auf dem sich die Gesellschaft weiterentwickelt. Nur mit einem
231 hohen Bildungsstand wird es möglich sein, den Erfordernissen unserer Zeit und der Zu-
232 kunft gerecht zu werden. Deswegen muss unser rohstoffarmes Land in die Köpfe seiner
233 Menschen investieren. Unsere Kinder müssen auf die neuen Herausforderungen einer glo-
234 balisierten Welt vorbereitet werden. Das gilt für alle Kinder, die hier leben.

235 Über 30% der Kölner Grundschulkinder haben einen Migrationshintergrund. Sie sind keine
236 homogene Gruppe. Viele wachsen zweisprachig auf und beherrschen neben ihrer Famili-
237 ensprache auch die deutsche Sprache. Andere haben erhebliche Defizite in der deutschen
238 Sprache. Auch das Sprachvermögen vieler deutscher Kinder ist unvollkommen. Eine we-
239 sentliche Grundlage des Schulerfolgs und der INTEGRATION in die Gesellschaft ist das Be-
240 herrschen der deutschen Sprache. Alle Untersuchungen zeigen, dass Defizite in der deut-
241 schen Sprache nicht nur Minderleistungen in Deutsch, sondern auch in den Naturwissen-
242 schaften und in Mathematik nach sich ziehen. Deswegen ist der Weg der CDU-geführten

243 Landesregierung richtig, das Sprachvermögen der Vierjährigen zu überprüfen und daraus
244 die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Verbindlicher Sprachunterricht für die Kinder,
245 bei denen ein Förderbedarf festgestellt wurde, ist zwingend erforderlich. Diese Sprachkur-
246 se sollten in der Regel im Kindergarten stattfinden. Die Stadt Köln wird aufgefordert, Wei-
247 terbildungsangebote für Erzieherinnen anzubieten, damit sie in Zusammenarbeit mit der
248 Schule diese neuen Aufgaben bewältigen können.

249 Diejenigen Kinder mit Zuwanderungsgeschichte, die zu Beginn ihrer Schulzeit sowohl die deut-
250 sche Sprache als auch ihre Muttersprache beherrschen, kommen mit einem großen Schatz in
251 die Schule. Der damit verbundenen Vorteile müssen wir uns bewusst werden und sie für
252 unsere Gesellschaft nutzbar machen.

253 In der Vergangenheit wurde Zweisprachigkeit oft als Überforderung oder als schädlich
254 angesehen. Die neuen wissenschaftlichen Untersuchungen zeigen ein anderes Bild. Prof.
255 Dr. Claudia Riehl, Universität zu Köln, hat bewiesen, dass bilinguale Kinder monolingualen
256 Kindern meist um einige Monate voraus sind.

257 Die Förderung beider Sprachen, der Deutschen und der Familiensprache, muss integrativ
258 erfolgen. Hierauf sind unsere Schulen nicht vorbereitet. Es ist dringend erforderlich, dass
259 diese Erkenntnis in die Ausbildung unserer Lehrer und Lehrerinnen einfließt. Der bisherige
260 muttersprachliche Ergänzungsunterricht (MEU) hat die Zweisprachigkeit nur sehr unvoll-
261 kommen gefördert. Deswegen muss der Anteil der bilingualen Grundschulen in Köln er-
262 höht werden, und neben den bestehenden Sprachen auch Türkisch bilingual angeboten
263 werden. Unser Kölner Regelschulangebot versagt, wenn italienische, türkische oder grie-
264 chische Schulen gegründet werden, weil die Eltern darin eine größere Chance des Abitur-
265 erwerbs für ihre Kinder sehen als auf deutschen Schulen.

266 Klassen, in denen viele Kinder mangelhafte Deutschkenntnisse haben, benötigen eine grö-
267 ßere Personalzuweisung, damit Kleingruppen gebildet werden können und eine individuel-
268 le Förderung möglich ist.

269 Die Eltern müssen stärker als bisher zur Mitarbeit angeregt werden. Aktive Mitarbeit und
270 Unterstützung der Eltern während der Schullaufbahn ihrer Kinder kann besonders durch
271 Identifikation mit der jeweiligen Schule gelingen. Die Schulen sollten verstärkt die Anwe-
272 senheit der Eltern mit Migrationshintergrund bei Elternabenden, Einschulungs- oder In-
273 formationstagen der Schulen zu persönlichen Gesprächen nutzen. Um dies vom ersten
274 Schuljahr an zu pflegen, sollten zunächst Informationsveranstaltungen für Eltern ohne aus-
275 reichende Deutschkenntnisse angeboten werden, bei denen Punkte wie

- 276 • aktive Teilnahme an Eltern- und Informationstagen,
- 277 • Kontrolle von Hausaufgaben,
- 278 • Anlauf- und Kontaktstellen bzgl. schulischer Fragen und Sorgen ihrer Kinder,
- 279 • Teilnahme an Klassenfahrten und gemeinsamen Aktivitäten der Schüler,
- 280 • Notwendigkeit neuer Technologien für die berufliche Zukunft der Kinder,
- 281 • Mitverantwortung der Eltern für Pünktlichkeit und Sorgfalt mit den Arbeitsunter-
282 lagen besprochen werden.

283
284 Die Anwesenheit von Personen mit den entsprechenden Sprachkompetenzen könnte dem
285 betreffenden Elternkreis helfen, Hemmungen zu überwinden und die Kontaktaufnahme in

286 den Schulen ihrer Kinder erleichtern.

287 Die Elternvertretungen müssen verstärkt für die Sprachproblematik sensibilisiert werden,
288 um für sprachliche Hilfestellungen zu sorgen.

289 Eine weitere Möglichkeit sind parallele Sprachlernangebote besonders für die Mütter der
290 Kindergarten- und Grundschul Kinder. Die Erfahrung hat gezeigt, dass ausländische Mütter
291 Deutschförder-Programme annehmen, wenn sie die Vorteile für ihre Kinder erkennen. Die
292 INTEGRATION der Mütter in den Bildungsprozess ihrer Kinder ist eine immerwährende, aber
293 sehr lohnende Aufgabe für Kindergärten und Schulen. Der Erwerb deutscher Sprachkennt-
294 nisse hilft den Müttern unsere Wertvorstellungen zu erfahren und zu akzeptieren. Die
295 Teilnahme der Jungen und Mädchen am Sport- und Sexualkundeunterricht wird erleichtert,
296 wenn die Mütter den Unterricht selbst kennen.

297 Aus soziokulturellen Gründen darf die Teilnahme an schulischen Angeboten nicht verwei-
298 gert werden. So muss die Teilnahme an Klassenfahrten, Schulprojekten und Förderkursen
299 ebenso verpflichtend eingefordert werden, wie am Sportunterricht. Nur bei uneinge-
300 schränkter Teilnahme an allen Klassen- und Schulveranstaltungen kann eine INTEGRATION
301 der Jugendlichen erfolgen.

302 Der Sportunterricht stellt einen idealen Rahmen dar, Fairness, das Einhalten von Regeln,
303 Zuverlässigkeit, Teamgeist und zielgerichtetes Handeln zu erproben. Die Schulen müssen
304 eventuell in Zusammenarbeit mit Vereinen verstärkt Sport-AGs einrichten. Diese bieten
305 Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, Können und Fähigkeiten zu zeigen, die im
306 normalen Schulalltag oft nicht die nötige Beachtung finden. Gleichzeitig sollen Kölner
307 Sportvereine angeregt werden, sich verstärkt in den Schulen vorzustellen, um für ihre
308 Sportart zu werben. Die vielen Sportvereine rein-nationaler Prägung stehen einer
309 INTEGRATION entgegen.

310 Für die Kölner CDU ist es selbstverständlich, dass auf Kölner Schulhöfen Deutsch als Re-
311 gelsprache gesprochen werden soll, dort wo dies bislang nicht der Fall ist, müssen Schul-
312 projekte zu diesem Thema initiiert werden.

313

314 Viele Jugendliche setzen sich verstärkt mit Werte- und Sinnfragen auseinander. Diese Fra-
315 gen werden besonders im Religionsunterricht erörtert. Deswegen ist es wichtig, dass auch
316 islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache von in Deutschland ausgebildeten
317 Lehrern unter staatlicher Aufsicht angeboten wird.

318

319

320 **UNTERSTÜTZUNG VON FRAUEN UND MÄDCHEN MIT ZUWANDERUNGSGESCHICHTE**

321

322 Werte wie Rechtsgleichheit, Selbstbestimmungsrecht, Menschenwürde, Recht auf körper-
323 liche Unversehrtheit, Gleichberechtigung der Geschlechter, gewaltfreie Konfliktlösung
324 usw. sind das Ergebnis einer über sehr viele Jahre dauernden sozialen Entwicklung hin zu
325 einer demokratischen Gesellschaft. Sie sind nicht in allen Kreisen gleich stark durchge-
326 setzt, und einige davon können noch längst nicht als vollständig verwirklicht gelten.

327

328 Lange Zeit haben wir kaum auf die Situation von Mädchen und Frauen mit Zuwanderungs-
329 geschichte geblickt.

330 In nicht-westlichen Kulturen haben oft andere, kollektive Werte wie Solidarität oder Fami-
331 lienehre größeres Gewicht.

332

333 Nicht außer Acht zu lassen ist die Gewalt gegen Frauen. Sie kommt in allen Schichten und
334 bei allen Nationalitäten vor. Manche Kulturen leben jedoch in weit strengeren patriarchali-
335 schen Familienstrukturen als dies in den EU-Staaten üblicherweise der Fall ist. Dies führt
336 dazu, dass betroffene Frauen sich noch schwerer gegen gewalttätige Familienmitglieder
337 verteidigen können.

338

339 Obwohl bekannt ist, dass Zwangsverheiratung und schwere häusliche Gewalt auch bei
340 Mädchen und jungen Frauen in Deutschland leider immer noch vorkommen, wurde diesen
341 Problemen lange Zeit kaum Beachtung geschenkt.

342

343 Unter dem Kunstbegriff „Multikulti“ wurde jahrelang eine falsch verstandene Toleranz ge-
344 lebt, und wenn es Konflikte gab, hat man weggeschaut. Die Anerkennung der kulturellen
345 Vielfalt bedeutet nicht multikulturelle Beliebtheit. Dieses Wegschauen hat dazu geführt,
346 dass ein Teil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in ihren eigenen ethnischen Ko-
347 lonien lebt.

348

349 Aber ein bloßes Nebeneinander bringt uns nicht weiter. Denn ohne ein Mindestmaß an
350 Gemeinsamkeit erträgt eine Gesellschaft auch keine Vielfalt. Die Rechte der Frauen als
351 Menschenrechte sind in unserer Gesellschaft unantastbar.

352 Gewalt gegen Frauen und Mädchen schließt auch Zwangsverheiratung ein, die nicht nur
353 auf den türkischen oder muslimischen Kulturkreis beschränkt ist. Diese finden wir auch in
354 anderen Ländern vor. Wir nehmen diese Beschränkung auf den türkischen oder muslimi-
355 schen Kulturkreis fälschlicherweise so wahr, weil zum einen die türkeistämmigen Mädchen
356 und Frauen, die größte Gruppe unter den Zuwanderinnen ausmachen und zum anderen
357 vor allem bei Zwangsverheiratungen türkeistämmige Mädchen und Frauen häufiger als
358 andere den Mut haben, darüber zu sprechen und Hilfe zu suchen.

359 „Häusliche Gewalt“ ist zwar nicht ausschließlich ein Problem in Familien mit Zuwanderungs-
360 geschichte, sondern findet leider auch in deutschen Familien unterschiedlicher sozialer
361 Schichten statt. Türkischstämmige und osteuropäische Frauen, die in Deutschland leben, er-
362 leiden offenbar häufiger schwerere körperliche und sexuelle Gewalt als der Durchschnitt der
363 deutschen weiblichen Bevölkerung.

364

365 Zudem stehen Frauen mit Zuwanderungsgeschichte weniger Handlungsmöglichkeiten
366 offen. Sie haben oft kein soziales Netz, das sie unterstützen könnte und verfügen in der
367 Regel nicht über das nötige Geld, um sich z. B. eine andere Unterkunft zu suchen. Auch ist
368 einleuchtend, dass aufgrund der schlechten Kenntnisse der deutschen Sprache ihre Situa-
369 tion kaum in einem Gespräch mit Fachpersonen analysiert werden und nach Lösungen ge-
370 sucht werden kann. Hinzu kommt die aufenthaltsrechtliche Problematik, die in der Regel
371 an den Status des Mannes gekoppelt ist.

372

373 Wir fordern, ein Netzwerk „Gegen Gewalt an Frauen und Mädchen mit Zuwanderungsge-
374 schichte“ zwischen der Stadt Köln, den interkulturellen Zentren und den Moscheevereinen
375 aufzubauen. Die Federführung soll hier bei der Stadt Köln liegen.

376

377 Langfristig angelegte Aufklärungskampagnen zum Thema „Gleichstellung von Mädchen

378 und Frauen“ sind durchzuführen.

379

380 Wir fordern die Migrantenselbstorganisationen und Moscheevereine auf, ein öffentliches
381 und aktives Bekenntnis zum uneingeschränkten Selbstbestimmungsrecht der Frauen abzu-
382 legen.

383

384 Die muttersprachlichen Beratungsangebote sind auszuweiten, sowie Projekte, die kultur-
385 sensible Unterstützungsangebote für Frauen bereitstellen.

386

387 Ausweitung der Förderung von Projekten, die Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit in
388 Kindertagesstätten und Schulen durchführen.

389

390

391 **Situation von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte auf dem Ausbildungs- und Ar-**
392 **beitsmarkt**

393

394 Arbeit ist die entscheidende Voraussetzung für wirtschaftliche Teilhabe in unserer Gesell-
395 schaft. Daher ist die berufliche Situation ein entscheidender Faktor für gelingende Integration.
396 Dies gilt gleichermaßen für weibliche wie auch für männliche Zuwanderer.

397

398 Die erste Generation von Zuwanderinnen übte fast ausschließlich Arbeiterinnen-
399 Tätigkeiten aus. Sie waren als Fabrikarbeiterinnen oder Reinigungskräfte tätig. Mittlerwei-
400 le hat sich das berufliche Tätigkeitsfeld von Zuwanderinnen geändert. Allerdings müssen
401 wir zwischen zwei unterschiedlichen Gruppen von Zuwanderinnen unterscheiden:

402

403 • Mädchen und Frauen, die entweder hier geboren oder aufgewachsen sind, und min-
404 destens einen Teil ihrer schulischen Ausbildung in Deutschland gemacht haben.

405

406 • Frauen, die später nach Deutschland eingereist sind, entweder als Jugendliche oder
407 als Ehepartnerinnen.

408

409 Eine besonders wichtige Rolle bei der Integration spielen die Mädchen und jungen Frauen der
410 zweiten und dritten Generation der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Ihnen kommt
411 eine Schlüsselfunktion zu, weil durch Ausbildung und Berufsausübung ihre Unabhängigkeit
412 wächst, eine kulturelle Annäherung stattfindet und die Zukunftschancen ihrer Kinder verbes-
413 sert werden. Auf diese Weise kann verhindert werden, dass sich bestehende Probleme in der
414 nächsten Generation fortsetzen.

415

416 Eine berufliche Ausbildung und eine berufliche Tätigkeit sind für viele junge Zuwanderin-
417 nen sehr wichtig. Jedoch haben sie im Vergleich zu deutschen Frauen schlechtere berufli-
418 che Positionen und zeigen eine hohe Konzentration auf einige wenige Berufe auf.

419

420 Sie erlernen vor allem den Beruf der Friseurin, Arzt-/Zahnarzhelferin, Pharmazeutisch-
421 kaufmännische Angestellte, der Verkäuferin oder Kauffrau im Einzelhandel. Dagegen sind
422 sie kaum im Dienstleistungsbereich, den neuen Informations- und Kommunikationsberufen
423 repräsentiert. Besonders gering ist die Beteiligung im Öffentlichen Dienst.

424

425 Aber viel wichtiger als die Konzentration auf einige wenige Berufe ist die erschreckende

426 Tatsache, dass über 40% junger Frauen mit ausländischer Herkunft ohne irgendeine Be-
427 rufsausbildung sind.

428

429

430 **Ursachen für die schwierige berufliche Situation von weiblichen und männlichen Zuwande-**
431 **rnern:**

432

433

434

435

436

437

438

439 **Mögliche Verbesserungsansätze:**

440

441

442 • Um die berufliche Situation von Zuwanderern zu verbessern, muss man möglichst
443 früh ansetzen. Das heißt, die Bildungsabschlüsse von Jugendlichen mit Zuwande-
444 rungsgeschichte müssen besser werden. Hier ist das Schulsystem gefragt. Schüler
445 mit Zuwanderungsgeschichte müssen besser gefördert werden.

446

447

448

449

450

451

452

453

454

455

456

457

458

459

460

461

462

463

464

465

466

467

468

469

470

471

472

Einen wichtigen Schritt hat die neue Landesregierung bereits gemacht. Sie will die berufli-
chen Chancen junger Frauen mit Zuwanderungsgeschichte verbessern. Bereits in diesem
Jahr wird ein neues Mentoringprogramm für junge Zuwanderinnen gestartet, d. h. junge
Zuwanderinnen sollen von berufserfahrenen Mentorinnen bei ihrer Berufswahl und der
Suche nach einem Ausbildungsplatz individuell begleitet werden.

473 Wir fordern ein Mentoringprogramm auch für die größte Stadt in NRW: nämlich für Köln.

474

475

476 **STADTENTWICKLUNG**

477 Eine Konzentration der Problemlagen von sozial Benachteiligten und eine Konzentration
478 von Bewohnerinnen und Bewohnern mit Zuwanderungsgeschichte sind in einigen Stadt-
479 gebieten vorzufinden. Die Bevölkerung in diesen Quartieren besteht in der Regel zu einem
480 überdurchschnittlich hohen Anteil aus Zuwanderern.

481

482 INTEGRATION als konkretes Handlungsfeld der Stadtentwicklungspolitik bedeutet vor allem,
483 soziale und ethnische Absonderung in den Stadtteilen und die Entstehung von Parallelge-
484 sellschaften zu verhindern.

485

486 Integration geschieht vor Ort, also in der Nachbarschaft, im Wohnumfeld und im Stadtteil. Wo
487 die Mehrheitsgesellschaft aber nicht mehr als Mehrheitsgesellschaft präsent ist, sind Integra-
488 tionsbemühungen mit besonderen Erschwernissen verbunden.

489

490 • Wir fordern eine intelligente Belegungspolitik, um die Ballung von ethnischen Grup-
491 pen zu vermeiden bzw. abzuschwächen.

492

493 • Wir fordern eine integrative Stadtentwicklung: Es müssen Bedingungen geschaffen
494 werden, damit unterschiedliche Schichten, Altersgruppen, Ethnien gut miteinander
495 leben.

496

497 • Die Infrastruktur ist nicht nur eindimensional zu planen, sondern sie muss für viele
498 Gruppen zugänglich sein.

499

500 • Es muss eine gute Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Nahverkehr vorhanden sein
501 bzw. mit dem Ziel geschaffen werden: Kurze Wege für alle.

502

503 • Die Sicherheit auf Straßen muss verbessert werden.

504

505 • In den Stadtteilen sind die Bildungsangebote auszubauen.

506

507 • Parallelgesellschaften aufzulösen, ist nur durch attraktive Angebote gruppenüber-
508 greifend möglich. Die Partizipation im Stadtteil muss angeregt werden, und Pla-
509 nungswerkstätten sind weiter auszubauen, damit sich jeder Bürger verantwortlich
510 für sein Viertel fühlt.

511

512 • Initiativen in den Vierteln sind weiterhin zu unterstützen, z. B. gruppenübergreifen-
513 de Straßenfeste, Feste mit allen Nationen und Kulturen etc.

514

515 • Das Projekt „Stadtteilmanager“ ist/war ein gutes Beispiel und sollte kontinuierlich
516 weitergeführt werden.

517

518 • Business Improvement District: Immobilien- und Standortgemeinschaften sind in
519 den Vierteln zu bilden, d. h. die Stadt muss die Kommunikation mit den Eigentümern

520 mit dem Ziel verstärken, sie für Ihr Umfeld zu sensibilisieren, um somit die Aufwer-
521 tung des Stadtteils zu erreichen.

522

523

524 **SENIOREN**

525 Die kommunale **INTEGRATIONSPOLITIK** muss der ersten Generation der Menschen mit Zu-
526 wanderungsgeschichte verstärkt Beachtung schenken. Insbesondere ist dabei die Gruppe
527 der Senioren zu berücksichtigen, die mit dem Erreichen des Rentenalters meist in ihr Her-
528 kunftsland zurückgeht und dann feststellt, dass sie dort ebenfalls nicht integriert ist. Viele
529 von ihnen kehren nach Köln zurück und leben dann nicht selten isoliert.

530

531 Wir fordern die Senioren-Netzwerke in Köln auf, verstärkt Menschen mit Zuwanderungs-
532 geschichte einzubeziehen, sie für bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen und ihre
533 Angebote an die Bedürfnisse der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu erweitern.

534

535 Wir appellieren an Kirchen, interkulturelle Zentren und Pflegeeinrichtungen, sich beson-
536 ders um die Bedürfnisse der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu kümmern und
537 diese Entwicklung nachhaltig zu unterstützen.

538

539 Die Ausbildung des Pflegepersonals ist auch mit Hilfe von städtischen Mitteln auf diese
540 neuen Bedürfnisse hin anzupassen. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sollten für
541 diesen Berufszweig verstärkt angesprochen werden.

542

543

544 **SPORT**

545 Die Kölner CDU unterstützt das Programm „**INTEGRATION durch Sport**“ – der Sportjugend
546 Köln.

547

548 Der Sport im Verein leistet einen wichtigen Beitrag zur **INTEGRATION**, insbesondere bei Kin-
549 dern und Jugendlichen, denn Sport verbindet und fördert das Miteinander und schafft
550 Gemeinsamkeiten. Der Dialog zwischen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und Auf-
551 nahmegesellschaft wird erleichtert. Das Selbstbewusstsein durch den Sport wird gestärkt,
552 macht weniger anfällig für Gewaltbereitschaft und bietet Zugehörigkeit zu einer Gruppe.
553 Ein Verständnis für soziale Strukturen entsteht, und das Akzeptieren von Regeln wird er-
554 lernt.

555

556 Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund werden von den 700 Sportvereinen in
557 Köln erreicht und gefördert. Aufgabe der Stadtverwaltung muss es sein, die Vereine bei
558 ihrer Arbeit zu unterstützen. Besonders zu erwähnen ist die Gewaltprävention, die von den
559 Jugendleitern oft in Zusammenarbeit mit der Polizei und der Stadtverwaltung geleistet
560 wird.

561

562 Der CDU Köln ist es wichtig, dass dies in den bewährten Strukturen geschieht.

563 Die Bereitstellung von Mitteln für die Ausbildung von Trainerinnen und Trainern ist von
564 großer Bedeutung. Sie müssen neben den sportlichen Qualifikationen auch den Anfor-
565 derungen der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gerecht werden, um sie zu erreichen.
566 Dazu gehört die notwendige Überzeugungsarbeit bei Eltern muslimischer Mädchen, sie
567 trotz kultureller oder religiöser Vorbehalte für die Vereine zu gewinnen und für die Verei-

568 ne zu erhalten.

569

570 Die Sportvereine sollen bei ihrem Sportprogramm in angemessener Weise auf religiöse
571 oder kulturelle Besonderheiten Rücksicht nehmen, z.B. durch das Angebot, Schwimmen
572 für muslimische Frauen.

573

574 Ziel der Kölner CDU ist es, die besondere integrative Wirkung von Sportvereinen in der
575 Kinder- und Jugendarbeit besser zu nutzen.

576

577 Es ist dringend erforderlich, Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund für Sportver-
578 eine zu gewinnen sowie engagierte Eltern in die Vereinsarbeit einzubinden.

579

580

581 **KULTUR**

582 Wir verstehen Kultur als Komplex, der nicht nur die Kunst und Literatur einschließt, son-
583 dern auch die Lebensweisen, Wertesysteme, Traditionen und die Sprache.

584

585 Wir fordern die Politik auf, weiterhin kulturelle Aktivitäten der Städtepartnerschaften,
586 Heimatvereine, freien Theatergruppen etc. zu unterstützen.

587

588 In diesem Sinn soll die Stadtverwaltung Aktivitäten zur Förderung der kulturellen Praxis
589 von Zugewanderten konzeptionell weiter ausbauen.

590

591 Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, Heimatvertriebene besonders zu unterstützen.

592

593

594 **RELIGIONSAUSÜBUNG**

595 **INTEGRATION islamischer Gemeinden in Köln**

596 Die CDU Köln nimmt die Sorgen und Ängste der Bürger in Bezug auf das islamische Leben
597 in der Stadt ernst und stellt für ein friedliches Zusammenleben von Muslimen und Nicht-
598 muslimen folgende Forderungen:

599

600 Die Träger der islamischen Gemeinden in Köln sollen auch wiederholt und in öffentlichen
601 Erklärungen aufgefordert werden, im deutlich verstärkten Maße Anschluss an ihr unmittelbares
602 städtisches Umfeld zu suchen. Sei es durch Mitarbeit in Vereinen, Bürgerinitiativen,
603 bei nachbarschaftlichem Engagement oder in der Zusammenarbeit mit andersgläubigen
604 Gemeinden, außerdem durch eine Ausweitung von öffentlichen Veranstaltungen innerhalb
605 der Gemeinden selbst. So sollen in kürzeren Abständen z. B. „Tage der offenen
606 Tür“ durchgeführt werden.

607

608 Diese Kontakte sollen auch vor Ort aktiv gefördert werden. Deshalb fordert die CDU Köln
609 die Bezirksvertretungen auf, für Projekte, die sich besonders für die Verständigung von
610 Muslimen und Christen einsetzen, bezirksorientierte Mittel zur Verfügung zu stellen.

611 Auch sollten Angehörige aller Parteien, vom Mandatsträger bis zur Basis, das ihnen Mögliche
612 tun, um als Vermittler und Multiplikatoren diesen Prozess zu stützen.

613

614 Die CDU Köln unterstützt ausdrücklich die Integrationsoffensive des Landes zur Errichtung
615 weiterer Lehrstühle für Islam-Wissenschaften, insbesondere zur Ausbildung von I-

616 mamen, und fordert deren zügige Durchsetzung. Auf diese Weise wird gewährleistet, dass
617 Funktionsträger und Imame deutscher Moscheegemeinden zumindest einen großen Teil
618 ihrer Sozialisation auch in Deutschland erfahren haben. Nur auf diesem Wege verfügen
619 diese über die nötige Kenntnis ihrer Umgebung, auch deren Gefühlswelt und Überzeugun-
620 gen, um die Einbindung in ihr Umfeld zu verwirklichen.

621

622 Die CDU Köln fordert, eine Kölner-Islam-Konferenz nach dem Beispiel der Deutschen-
623 Islam-Konferenz einzuberufen, mit dem Ziel einer Verbesserung der religions- und gesell-
624 schaftspolitischen Integration der muslimischen Bevölkerung in Köln.

625

626 Die CDU Köln fordert eine kommunale Integrationsvereinbarung mit den religiösen Ge-
627 meinschaften, wie sie der Magistrat der Stadt Wiesbaden bereits abgeschlossen hat.

628

629

630 **MIGRANTENSELBSTORGANISATION**

631 Nach mehr als 40 Jahren Zuwanderung haben Menschen mit Zuwanderungsgeschichte-
632 verbände einen beachtlichen Organisationsgrad in Köln erreicht. Dieses ist nicht zuletzt
633 auf die strukturelle Unterstützung der Herkunftsländer und ihrer Konsulate zurück zu füh-
634 ren.

635

636 Die Migrantenselbstorganisationen bieten den verschiedenen Lebensbereichen Hilfestel-
637 lung an und übernehmen innerhalb der Gesellschaft zunehmend auch soziale Aufgaben.
638 Neben zahlreichen Integrations- und Deutschkursen werden Kinder- und Jugendhilfspro-
639 jekte angeboten.

640

641 Kritische Auseinandersetzungen mit den nationalen Geschichts- und Identitätsbildern sind
642 im Dialog mit den Migrantenselbstorganisationen erforderlich. Es ist nicht akzeptabel,
643 dass nationalistische Tendenzen aus den Herkunftsländern nach Köln getragen werden, da
644 diese einer INTEGRATION entgegenstehen.

645

646 Wir fordern eine verstärkte INTEGRATION und Zusammenarbeit Kölner Institutionen mit den
647 Migrantenselbstorganisationen.

648

649 Es ist erforderlich, dass Migrantenselbstorganisationen sich allen Bevölkerungsgruppen
650 öffnen und einen Dialog mit den unterschiedlichen Nationalitäten in Köln suchen.

651

652 Die CDU Köln setzt sich dafür ein, dass die Interkulturellen Zentren weiterhin gefördert
653 werden, um Integrationsarbeit zu leisten.

654

655 Die CDU Köln fordert den Ausbau des Förderprogramms "KOMM IN NRW – Kommunale
656 Innovationen in der Integrationspolitik". Dieses Programm „KOMM IN NRW“ mit dem in
657 den Kommunen Prozesse und Maßnahmen angestoßen werden, die Transparenz in der
658 kommunalen Integrationspolitik für alle Beteiligten herzustellen, effektive und effiziente
659 Kooperationen aller wichtigen Institutionen und Organisationen in Gang zu setzen und
660 mittels ganzheitlicher Integrationskonzepte zu einer strategischen Steuerung zu gelangen,
661 ist ein wichtiger Baustein im Bereich der Integrationsbemühungen.

662

663

664 **EINBÜRGERUNG**

665 Mit dem Zuwanderungsgesetz ist ein erster wichtiger Schritt hin zur systematischen Integ-
666 rationsförderung von rechtmäßig und auf Dauer in Deutschland lebenden Zuwanderern
667 getan worden.

668

669 Den Ländern und den Kommunen obliegt es nunmehr, im neuen rechtlichen Rahmen ihre
670 Verantwortung im Verhältnis zum Bund zu definieren und wahrzunehmen.

671

672 Im Rahmen dieses Integrationspapiers gilt unser Interesse in erster Linie den kommunal
673 verwalteten Bereichen des Zuwanderungsrechtes.

674

675 Die Einbürgerung von Ausländern schafft die Voraussetzungen, um am politischen Leben
676 gleichberechtigt teilhaben zu können und alle Rechte und Pflichten eines Staatsbürgers zu
677 übernehmen. Sie soll deshalb im Regelfall den erfolgreichen Abschluss des Integrations-
678 prozesses markieren.

679

680 Einbürgerung erfordert eine Identifikation mit unserer Verfassung und unserem Staat.
681 Daraus folgt ein hohes Maß an gegenseitiger Anerkennung: Die vollkommene Akzeptanz
682 der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte als gleichberechtigte Staatsbürger, aber auch
683 die Anerkennung unserer Gesellschaftsordnung durch die Menschen mit Zuwanderungs-
684 geschichte.

685

686 Die Stadtverwaltung ist aufgefordert, über die Möglichkeit der Einbürgerung zu informie-
687 ren. Einbürgerungsanträge sind zügig zu bearbeiten.

688

689 Die demokratischen Parteien im Kölner Rat sind aufgefordert, unterstützende Maßnah-
690 men zu beschließen.

691

692 Einbürgerungsfeiern der Kommunen und der anderen Einbürgerungsbehörden werden
693 ausdrücklich begrüßt.

694

695

696 **MEDIEN**

697 Medien sind ein wichtiges Instrument zur Unterstützung von Integrationspolitik. Sie sind
698 ein Kommunikationsweg zur Vermittlung von positiven Inhalten über Kulturen und Menta-
699 litäten sowie zum Abbau gegenseitig bestehender Klischees. Es ist darauf hinzuwirken,
700 dass die wirtschaftlichen Zielsetzungen der Anbieter auf dem Medienmarkt mit integrati-
701 onspolitischen Zielsetzungen verknüpft werden. Es ist gut, wenn Inhalte mit Migrations-
702 bezug in selbstverständlicher Weise marktgerechten Eingang in die Medienlandschaft fin-
703 den.

704

705 Bei der Entwicklung von praktikablen Maßnahmen muss der hiesigen Medienlandschaft
706 Rechnung getragen werden.

707 Der Arbeitskreis „INTEGRATION“ hat vor diesem Hintergrund gemeinsam mit dem Arbeits-
708 kreis „Medien+Kommunikation“ folgende Handlungsfelder definiert:

709

710 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk bietet aufgrund seiner besonders verantwortungsvol-
711 len Position einen Ansatzpunkt.

712 Die CDU Köln fordert, die Besetzung des Rundfunkrates mit mehr als nur einem Mitglied
713 aus dem Kreis der Bürger mit Zuwanderungsgeschichte zu besetzen und einen regelmäßi-
714 gen Wechsel der Nationalitäten.

715 Die CDU Köln schließt sich den Forderungen der Bundesinitiative INTEGRATION und Fernse-
716 hen an: „Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sollen insgesamt eine stärkere personelle
717 Präsenz in Sach- und Unterhaltungsformaten erhalten und dabei auch exponierte und
718 mit positiven Attributen besetzte Rollen einnehmen. Autoren und Künstler mit Migrati-
719 onshintergrund sollen stärker in die Produktion einbezogen werden.“

720

721 Darüber hinaus plädiert die CDU Köln dafür, dass auch dokumentarische Inhalte oder
722 Nachrichtensendungen nicht nur negative Aspekte gemäß dem Motto „bad news are good
723 news“ aufzeigen, sondern auch geglückte Integration von Menschen mit Migrationshinter-
724 grund adäquat darstellen. Auf der anderen Seite ist eine sachlich-kritische Berichter-
725 stattung unverzichtbar, um Integrationsprobleme nicht zu verharmlosen oder zu negieren.

726

727 Gerade der Medienstandort Köln ist auf unterschiedlichste kulturelle Einflüsse angewie-
728 sen. Sei es aus kreativer Sicht oder aus wirtschaftlicher Sicht – die Produktion von Inhalten
729 kann nur erfolgreich sein, wenn sie sich internationalen Einflüssen öffnet. Deshalb muss
730 der Medienstandort Köln noch stärker international vernetzt werden. Dies kann geschehen
731 durch Ansiedlung von Niederlassungen ausländischer Medienunternehmen, durch die Ini-
732 tiierung von Kooperationen zwischen Medienunternehmen aus Köln und anderen Ländern
733 oder durch den Austausch von Medienabsolventen und Medienschaffenden.

734

735 Daher fordert die CDU Köln verstärkte Bemühungen der Stadt Köln, diese Internationali-
736 sierung durch attraktive Infrastrukturangebote, nachhaltige Akquisitionsbemühungen und
737 Schaffung von Plattformen im Medienbereich anzustreben. Als beispielhafte Aktionen sei-
738 en hierbei die derzeit stattfindende Etablierung von Partnerschaften zwischen deutschen
739 Produktionsunternehmen und türkischen Fernsehsendern sowie die Nachwuchsplattform
740 beim geplanten Kölner Filmfestival genannt.

741

742 Des Weiteren fordert die CDU Köln, dass Medienschaffende und Medienunternehmen,
743 welche regionale Berichterstattung über Themen mit Migrationsbezug realisieren, in ihren
744 Bemühungen bestärkt und vernetzt werden. Das friedliche und sich gegenseitig berei-
745 chernde Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen findet stets vor Ort
746 statt und wird durch regional orientierte Informations- wie auch Unterhaltungsinhalte ge-
747 fördert.

748

749

750 **FAZIT**

751 Die Bedeutung der INTEGRATION für die Zukunft unserer Stadt hat einen sehr hohen Stel-
752 lenwert, so dass ein schneller Wandel im Umdenken erforderlich ist.

753 In Anbetracht der Kölner Geschichte besteht Grund zu großer Zuversicht. Die Herausfor-
754 derung ist keine neue. Kölner waren zu allen Zeiten offen für unterschiedliche Kulturen
755 und haben stets ein friedliches Zusammenleben vorgelebt und vom Neuen profitiert!
756
757 Wir vertrauen auf die Fähigkeit der Kölner, dieser Verantwortung gerecht zu werden und
758 erwarten die Bereitschaft zu individuellen Bemühungen von allen Beteiligten mit Unter-
759 stützung durch die Politik.